

Thema: Prater Wien

Autor: k.A.

Sog Wiens wird zum Problem

Vor der Zuerkennung von Asyl lebt nur jeder sechste Asylsuchende in Wien. Schon in den ersten Monaten nach der Zuerkennung wohnt fast jeder zweite Flüchtling in der Großstadt.

WIEN. Jeder vierte junge Mann hat keine Arbeit, jeder fünfte Teenager, der die Pflichtschule verlässt, kann nicht sinnerfassend lesen: In Wien ballen sich die Probleme im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt – Probleme, die sich durch den massiven Zuzug von Asylbewerbern in die Bundeshauptstadt weiter verschärfen dürften. Im Hintergrund wird daher schon länger überlegt, wie man diesen Zuzug nach Wien bremsen könnte.

Eine Möglichkeit wäre, eine Residenzpflicht für anerkannte Flüchtlinge einzuführen, wie das Deutschland plant, um Flüchtlingsghettos in Großstädten zu vermeiden. In Österreich wird Ähnliches überlegt, wie Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) vorige Woche bestätigte. Der Staat würde anerkannten Flüchtlingen also vorschreiben, wo sie wohnen, solange sie Mindestsicherung beziehen. ÖVP-Klubchef Reinhold Lopatka kann dem Vorhaben wenig abgewinnen: „Die Residenzpflicht kann die notwendige Eindämmung der Kostenexplosion nicht ersetzen. Sie zu fordern ist ein untaugliches Ablenkungsmanöver des Sozialministers“, betonte er am Dienstag einmal mehr im SN-Gespräch.

Im schwarzen Integrationsministerium hält man eine Wohnsitzpflicht hingegen für sinnvoll: Integration funktioniere in kleinen Gemeinden erfahrungsgemäß besser als in Ballungsräumen, heißt es. So sieht das auch Heinz Fassmann, der Vorsitzende des im Ministerium angesiedelten Integrationsbeirats.

Für Lopatka steht aber das Kostenargument im Vordergrund. Das Ziel des schwarzen Verhandlers für eine Mindestsicherungsreform: verschärfte Regelungen für die Bezieher von Mindestsicherung, „damit unser Sozialsystem leistbar bleibt“. Es sei schön, wenn Wien über die Residenzpflicht oder den Ruf nach Ausgleichszahlungen Möglichkeiten zur Entlastung su-

che, „es kann aber nicht sein, dass man die Verantwortung an die Bundesländer abgibt“, sagte Lopatka. Aus dem Büro von SPÖ-Klubchef Andreas Schieder heißt es hingegen, dass eine Wohnsitzpflicht für Flüchtlinge, die Sozialhilfe beziehen, aus integrations- und arbeitsmarktpolitischer Sicht sinnvoll wäre. Man solle daher auch darüber reden, wird betont.

Wie stark die sogenannte Sekundärmigration von anerkannten Flüchtlingen in die Stadt ist, lassen folgende Zahlen des Innenministe-

riums erahnen: Von 69.500 Menschen, die derzeit auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten, leben 11.500 in Wien, also etwa jeder Sechste. Sobald Asyl zuerkannt wird, schaut das Verhältnis anders aus: Von aktuell rund 5200 Menschen, die nach der Zuerkennung von Asyl noch in der Grundversorgung sind (maximal noch vier Monate nach Asylzuerkennung), sind 2300 in Wien – das ist schon fast jeder Zweite. Beim AMS Wien, wo zwei Drittel aller anerkannten Flüchtlinge gemeldet sind, die voll oder teils von der Mindestsicherung leben, betont man, dass dies vor allem daran liege, dass die Menschen in Wien Netzwerke hätten und sich bessere Lebens- und Jobchancen erwarteten.

Dass dem oft nicht so ist, zeigt ein Blick in sogenannte Brennpunkt-Schulen, wo mitunter ein Drittel der Schüler oder noch mehr laut Lehrern nach der Schule ohne Ausbildung und Job bleibt. Neos-Chef Matthias Strolz forderte am Dienstag daher mehr Geld für die Integration. Für Wien wollen die Neos einen jährlichen „Chancentausender“ für 50.000 Schüler. zim



Die Großstadt Wien ist für Flüchtlinge attraktiv.